

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

13.1.1869 (No. 10)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 13. Januar.

Nr. 10.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

† **Bukarest**, 10. Jan. Der amtliche „Monitorul“ zeigt die Ernennung des ehemaligen Finanzministers Steege zum Agenten Rumäniens in Wien, Petersburg und Berlin an. Fürst Karl erhielt ein eigenhändiges Schreiben des Sultans mit der Versicherung der Freundschaft und des Wohlwollens für den Fürsten. Gleichzeitig liefen Glückwünsche des Großveziers ein zu den guten Beziehungen, welche zwischen der rumänischen Regierung und der Pforte walteten.

† **Florenz**, 11. Jan. Die Kammer wird morgen ihre Sitzungen wieder eröffnen. Der Abg. Ferrari wird das Ministerium über die Einführung der Maßsteuer interpellieren. — Die Zeitungen empfehlen die Beteiligung bei der Anleihe der Stadt Madrid als einen Beweis der Sympathie, welche Italien für Spanien hat. — Die Emission der Tabakaktien ist per Ende dieses Monats angekündigt.

† **Paris**, 12. Jan. Heute Abend 4 Uhr wird die Konferenz ihre zweite Sitzung abhalten. Man versichert, daß die Mächte entschlossen seien, ohne Rücksicht auf Griechenland vorzugehen, wenn es auf seinen Präzessionen beharrt.

**Madrid**, 11. Jan. Die „Epoca“ sagt, der Kriegsminister habe die Einschiffung von 4000 Mann nach Cuba in diesem Monat angeordnet.

**Lissabon**, 11. Jan. Eine Abordnung von Kaufleuten war beim König, um ihn um Beibehaltung des Ministeriums zu ersuchen. Der König erwiderte, er werde ganz nach der Beratung handeln.

\* **Konstantinopel**, 11. Jan. Der „Turquie“ zufolge geht Zaid Pascha nächsten Mittwoch nach Paris zur Ermöglichung einer Anleihe für die Eventualität des Krieges. Zwei türkische Fregatten sind abgegangen mit 36 gezogenen Geschützen und Munition für die thessalische Armee. Es geht das Gerücht, die Mitglieder der kretischen Insurrektionsregierung seien verhaftet worden.

**Kairo**, 10. Jan. Auf der Insel Réunion fanden Aufhebungen statt. Die Truppen gaben auf das Volk Feuer und töteten an 80 Personen. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

## Deutschland.

**München**, 10. Jan. (M. Ztg.) Die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten ist auf kommenden Mittwoch anberaumt; in derselben werden die Abgg. Frdr. v. Stauffenberg und Kolb eine Interpellation, „den Vollzug des Wehrgesetzes betreffend“, verlesen, worauf der Antrag wegen Abänderung des Art. 150 des Notariatsgesetzes, sowie der Antrag bezüglich der Freigebung der Advokatur zur Berathung gelangen wird. Die Berathung des Entwurfs des Schulgesetzes kann erst in der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**Koburg**, 8. Jan. Der neugewählte Landtag des Herzogthums Koburg ist auf Dienstag den 12. d. M. einberufen.

**Gotha**, 9. Jan. (M. Ztg.) Wie man hört, beabsichtigt die Regierung, trotz der von früheren Landtagen ausgesprochenen Abweisung, der neuen Abgeordnetenversammlung

das Projekt der Union beider Landestheile wieder vorzulegen. Obwohl nun im Interesse einer einheitlicheren und wohlfeileren Verwaltung diesem Projekt die endliche Annahme zu wünschen wäre, ist doch kaum auf eine Verwirklichung desselben zu hoffen, da im hiesigen Land besonders bei der Wahl der bauerlichen Abgeordneten die hauptsächlichste Empfehlung für den betreffenden Kandidaten die Ueberzeugung war, daß er nicht für die Union stimmen werde. (Die Abneigung gegen das Unionsprojekt in Gotha beruht auf den verschiedenen Vermögensverhältnissen der beiden Herzogthümer, da Koburg eine viel größere Schuldenlast hat, und das Projekt ist daher vom gothaischen Landtag wiederholt verworfen worden.)

**Leipzig**, 10. Jan. (M. Ztg.) Nach dem neuesten Erlaß des Bundes-Oberfeldherrn sind nunmehr auch in Sachsen alle Militärpersonen, selbst die inaktiven, zur Disposition stehenden Offiziere von allen Gemeindeabgaben befreit. Nur als Grundbesitzer zahlen sie Grundsteuer, und wenn sie ein stehendes Gewerbe betreiben, Gewerbesteuer. Militärärzte genießen für ihr Einkommen aus der Zivilpraxis keine Befreiung. Die Stadt Dresden, welche eine starke Garnison hat, erleidet durch diese Bestimmung in ihrer städtischen Einnahme einen Ausfall von mehreren Tausend Thalern. — Gestern sind in der öffentlichen Sitzung des hiesigen Bezirksgerichts für die Stadt Leipzig 60 Gerichtsöffnungen designt worden. Die Reihenfolge derselben wird in Form einer Auslosung bestimmt.

**Berlin**, 10. Jan. (M. Ztg.) Die militärischen Verhältnisse des Norddeutschen Bundes sind jetzt definitiv geordnet, und es bedarf, wie die „M. Ztg.“ bemerkt, „nur eines kurzen Telegramms aus Berlin, um fast eine Million Soldaten unter die Waffen zu rufen“. Den Kern der Armee bildet die preussische, welche mit den ihr einverleibten früheren Kontingenten bereits völlig zu einem gleichartigen Ganzen verschmolzen ist. Die definitiv preussischen Truppentheile sind gegenwärtig folgende: I. Feldtruppe n 325 Bataillone Infanterie, worunter 29 von der Garde, 268 Schwadronen Kavallerie, worunter 32 von der Garde, 1146 Geschütze bei 11 Artillerieregimentern, worunter 96 Geschütze von der Garde, 12 Bataillone Pioniere. Die Zahl der Kombattanten beträgt hiernach, ohne Offiziere, in runder Summe 410,000. Hierzu treten die Bundeskontingente mit rund 53,000 Kombattanten in 43 Bataillonen Infanterie, 36 Schwadronen Kavallerie, 126 Geschützen, 1 1/2 Pionierbataillon. Davon kommen in vorgedachter Reihenfolge auf Sachsen 29 Bataillone, 24 Schwadronen, 96 Geschütze, 1 Pionierbataillon; Braunschweig 3 Bataillone, 4 Schwadronen, 6 Geschütze, keine Pioniere; Mecklenburg-Strelitz 1 Bataillon Infanterie; Großherzogthum Hessen 10 Bataillone, 8 Schwadronen, 24 Geschütze, 1/2 Pionierbataillon. II. Ersatztruppen. Preußen 107 1/2 Bataillone Infanterie, 67 Schwadronen Kavallerie, 216 Geschütze, 12 Pionierbataillone mit rund 128,000 Kombattanten. Hierzu treten die Bundeskontingente mit 13 Bataillonen Infanterie (Sachsen 9 1/2, Braunschweig 1, Hessen 2 1/2), 9 Schwadronen Kavallerie (Sachsen 6, Braunschweig 1, Hessen 2), 24 Geschützen (Sachsen 18, Hessen 6) oder 15,000 Kombattanten. III. Besatzungstruppen. Preußen 190 Bat. Infanterie, 14 Jägerkompagnien, 48 Schwadronen u. s. w. oder 175,000 Kombattanten. Hierzu 22,000 Kombattanten der Bundeskontingente, im Ganzen also

803,000 Mann, ohne Offiziere, Train, Handwerker, besondere Formationen u. s. w. u. s. w. Die Verschmelzung so vieler ehemaligen Bundeskontingente mit dem Heer führte den Offizierkorps zahlreiche neue Elemente zu und machte andererseits wieder Abgaben an die neuen Truppentheile nöthig, welche an Stelle der aufgelösten Kontingente errichtet wurden. Zugleich bedingte diese Verschmelzung eine ganz neue Landwehrbezirks-Einteilung, wobei der Grundsatz festgestellt wurde, die kleinen Verwaltungsbezirke mit den militärischen zusammenfallen zu lassen und wieder jedem Infanterieregiment seinen besondern Ergänzungsbezirk zuzuweisen. Das Ergänzungs- und Kontrollwesen wurden neu geordnet, die Verhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes festgesetzt und dabei zugleich die Offiziere in Reserve und Landwehr eingetheilt. Durch die neue Bezirkseinteilung der Landwehr ist auch die Zahl der Landwehr-Bataillone in den alten Landen Preußens vermehrt worden. Ueberhaupt ist für die Besatzungsarmee nicht Unerhebliches geschehen, wozu namentlich zu rechnen ist, „daß der Grundsatz endlich verlassen wurde, den Bedarf an Besatzung für jede Festung durch Ingenieure, und zwar nach der Kopfszahl, feststellen zu lassen und dadurch für jede Festung verschiedene „Detachements“ an Jägern, Kavallerie und Pionieren zu bilden, deren taktische Verwendung ihrer verschiedenen Stärke und Gliederung wegen ziemlich schwierig war“. Durch Wiederannahme des neuen „militärischen“ Grundsatzes ist das Mittel gewonnen worden, erhebliche Festungsbesatzungen auch anderweitig im freien Feld, zu Etappendiensten, Blockaden u. s. w., ohne weitere Umformung verwenden zu können.

**Berlin**, 11. Jan. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat heute den Antrag des Abg. Lasker und Gen. beraten, betr. den Köln-Mindener Garantiefond. Der Finanzminister legte den Vertrag mit der genannten Eisenbahn-Gesellschaft vor. Der Referent beantragte, der Regierung die Entlastung zu ertheilen. Die Kommission genehmigte den Gesetzentwurf nebst dem Antrag des Referenten.

**Berlin**, 11. Jan. Auf der Reise nach Egypten werden am 17. d. M. der Prinz und die Frau Prinzessin von Wales in Berlin eintreffen und einige Tage am Königl. Hofe verbleiben. Höchstwahrscheinlich werden ihre Reise über Wien fort. — Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck hat sich heute Morgen zur Jagd nach dem Westhavellande begeben. Morgen Abend kehrt derselbe hieher zurück. — Die neuesten Nachrichten über das Befinden des Botshafers Grafen v. d. Goltz lauten sehr ungünstig. Der Krankheitszustand desselben hat eine Verschlimmerung erfahren und ruft ernste Besorgnisse hervor. Von Seiten des Hofes und der höheren Gesellschaft wird dem Kranken viel Theilnahme bewiesen. Schwerlich dürfte Graf v. d. Goltz wieder auf seinen Botshafterposten nach Paris zurückkehren. Die neuerdings unlaufenden Gerüchte von seiner angeblich schon beschlossenen Ersetzung auf diesem Posten entbehren aber der Begründung. Ein solcher Beschluß ist noch nicht gefaßt und ebensowenig bereits ein Nachfolger für ihn designt. Alle bezüglichen Ausstreunungen sind leeren Kombinationen entsprungen.

In der Samstags-Sitzung des Abgeordnetenhauses ist bekanntlich der Lasker'sche Antrag auf Deckung des diesjährigen Defizits aus Beständen der Seehandlung, sowie auf Vorlegung des Vertrages mit der Köln-Mindener Eisen-

## Helene's Nachr.

(Fortsetzung aus Nr. 8.)

In ruhigen Momenten würde Helene ihr nicht gewillfahrt und gelehnet haben, daß sie überhaupt Groll hege, jetzt aber, gleichsam in dem Bewußtsein, Eugen in diesem Augenblick Unrecht gethan zu haben, war sie unwillkürlich weicher gestimmt und beichtete die Ursache ihrer Erbitterung. Unter heftigem Erdröthen und indem sie ihr Gesichtchen beinahe an Frau v. Santer's Schulter verbar, erzählte sie, daß sie vor einigen Abenden, als die ganze Gesellschaft abwesend und sie mit ihrem Bruder allein zurückgelassen war, mit demselben zwischen Licht und Dämmerung im Rauchsalon gesessen habe, ihr Bruder, welcher sich umsofort gefühlt, lag auf einem der Divans ausgebreitet, und sie hätten behaglich über dies und jenes geplaudert, so auch über die Gäste dieses Schlosses, und gerade als Mar sie über den Eindruck ausfragte, welchen Eugen Barnow auf ihn mache, kam der Bediente, sie in Haushaltungsangelegenheiten hinauszurufen, da sie in Abwesenheit der Hausfrau die Schlüssel führte. Nachdem diese Geschäfte sie längere Zeit in Anspruch genommen, war sie in das Rauchzimmer zurückgekehrt, die Dämmerung hatte indeffen beinahe der Dunkelheit Platz gemacht und ihr Bruder, welcher ganz still auf der Ottomane lag, schien eingeschlummert, sie nahte sich ihm leise, schlang ihre Arme um seinen Hals und küßte ihn, darauf ward die Gestalt lebendig, umfaßte sie auch und sprang auf. Da sah sie, daß die Figur größer als die ihres Bruders sei, sie erschau tödlich und rief: „Mar, um Gotteswillen, bist du es nicht?“ Darauf wäre ein lautes Lachen ertönt, die Thüre wurde geöffnet, der Mann verschwand, aber beim Hinaustrreten fiel das Licht des Korridors sichtlich auf sein Gesicht und Helene glaubte Barnow's Blicke unterschieden zu haben; nein, sie glaubte es nicht allein, verbesserte sich die erzogene Sprecherin, sie war dessen gewiß, obgleich Herr v. Barnow sich bei der Ankunft der Gesellschaft, welcher er vorhin vorausgeeilt war, wieder angegeschlossen hatte und sich geberdete, als sei

auch er eben erst von dem Ausflug zurückgekommen. War das nun nicht entsetzlich, und wie konnte sie einem solchen Menschen noch freundlich begegnen? Mußte er nicht denken! — murmelte das erregte Mädchen.

Frau v. Santer, welche indeffen mit ihrer Begleiterin auf einer Bank in den Waldanlagen Platz genommen hatte, stand nun auf und machte zum Weitergehen, nachdem sie Helene umarmt und ihr die glühenden Wangen gestreichelt, sagte sie mütterlich — obwohl sie nur acht Jahre vor ihr voraus hatte: „Da ertrappe ich meine kleine Helene, die stets nur darauf denkt, Niemanden Unrecht zu thun, aber auch selbst kein Unrecht erleiden will, auf einer schreienden Ungerechtigkeits. Ich erinnere mich jenes Abends noch vollkommen, Barnow hatte über etwas Kopfschmerz geklagt und war uns vorausgegangen und wir waren erschaut, ihn beim Nachhausekommen kein Nachtrapp zu erblicken; er behauptete, sich verirrt zu haben, und Niemand zweifelte an der Wahrheit seiner Aussage, welche recht ritterlich war, um Dich, liebes Kind, nicht in Verlegenheit zu setzen; daß Du Deinen Bruder und nicht ihn zu umarmen gedachtest, mag ihm durch Deinen Ausruf vollkommen klar geworden sein, darum suchte er Dich die Bezeichnung eines tete à tete zu eriparen und verschwand lautlos. Leichter ist noch kein Benehmen zu erklären gewesen. Du aber hast unflüchtig gehandelt, ihm zu großen und ihn beinahe herauszufordern, hättest Du mir gleich Alles erzählt, so würde ich an demselben Abend mit Barnow darüber gesprochen und vielleicht öffentlich vor der Gesellschaft darüber geklärzt haben; man hätte über das Mißverständnis gelacht, demselben aber nicht die Wichtigkeit beigelegt, mit welcher Du sie behandelst, indem Du es als ein finstres Geheimniß unter euch Beiden allein waltet ließe. Solche Angelegenheiten zwischen zwei Personen verschwiegenen Geschlechts können nicht offen genug von der Dame behandelt werden, dadurch bricht sie jedem Einverständnis die Spitze ab, ein Mann darf natürlich nur direkt in solchen Sachen handeln; indeffen ist auch jetzt nichts Schlimmes daran, Eugen Barnow ist ein Ehrenmann und wird

erkannt haben, aus welcher Quelle Deine kleinen Unarten stammen!“

Von Helene's Herzen war eine Berglast abgewälzt, sie erkannte vollkommen, daß sie kindisch gehandelt habe, und nahm sich vor, eine vernünftige kleine Person zu werden und ihr Köpfchen nicht mehr durchgehen zu lassen. Sie hatten endlich die Gesellschaft erreicht und Helene umarmte Rosa herzlich, als diese ihr schalkhaft Abbitte that, dann sagte sie erlösend, aber mit lauter Stimme zu Barnow: „Ich muß Sie auch noch vielmals für mein unartiges Benehmen um Entschuldigung bitten, Herr v. Barnow!“ Da sie nicht ausdrücklich benannte, welche Unarten sie damit gemeint habe, so glaubten Alle, es sei wegen ihrer vorigen Aufwallung, nur Eugen fand den Doppelsinn heraus und verbeugte sich stumm.

Als die Gesellschaft nun oben in dem Innern der Ruine ihr Gouter einnahm, fragte der Herr des Hauses nach den Wünschen der jungen Damen, da er doch offenbar die verlorenen Reifweiten zu bezahlen hatte. Seine Schwägerinnen waren schon mit ihrem Wunsch parade: „solch reizende Broschen, wie er seiner Frau jüngst mitgebracht.“ Helene schüttelte lächelnd ihr hübsches Köpfchen, als sie gefragt wurde, ob sie eine ähnliche wolle, und bat um den schottischen Geraniumslock, welchen sie täglich bewundere. „Er würde sich so schön an den Fenstern des Pfarrhauses annehmen“, meinte sie zufrieden, als Alle sie wegen der Bescheidenheit ihres Wunsches auslachten, „und ihr liebes Vaterhaus zu verschönern, sei ihr lieber als alle Broschen der Welt.“

(Fortsetzung folgt.)

— Abbe Biszt ist, wie aus Rom berichtet wird, gegenwärtig mit einem ausführlichen Plan zur Verbesserung der römischen Kirchenmusik beschäftigt, welche umfassende Arbeit er dem päpstlichen Konzil vorzulegen beabsichtigt.



bahn-Gesellschaft an eine Kommission zur Vorberathung über-  
wiesen worden. Bieleich hat man sich darüber verwundert,  
daß der Finanzminister diese Ueberweisung befürwortet hat.  
Dem Vernehmen nach ist derselbe hierzu durch den Wunsch  
veranlaßt worden, die einer baldigen Feststellung des Budgets  
noch entgegenstehenden Schwierigkeiten auf dem Wege ver-  
söhnlicher Ausgleichung beseitigen zu helfen. An ihrem Wi-  
derstande gegen die Verwendung von Beständen der Seehand-  
lung zur Deckung des Defizits hält die Regierung fest. Auch  
hat der betreffende Antrag des Abg. Koster keine sonderliche  
Aussicht auf die Zustimmung der Mehrheit des Hauses.  
Wohl aber dürfte die Regierung in der Frage wegen des Ver-  
trages mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft so weit  
nachgeben, daß sie diesen Vertrag der erwähnten Kommission  
zur Kenntnisaufnahme vorlegt.

#### Österreichische Monarchie.

Wien, 11. Jan. (N. Fr. Pr.) Als Vorbote des am  
Freitag bevorstehenden Wiederzusammentrittes des Abge-  
ordnetenhauses dringen einige parlamentarische Neuig-  
keiten an die Öffentlichkeit. So heißt es, daß das Minister-  
ium die Interpellation wegen Dalmatiens mit der Er-  
klärung beantwortet wird, die Stellung Dalmatiens sei durch  
die Verfassung bestimmt; eine Antwort, die sich zu Dem, was  
man in Ungarn hinsichtlich Dalmatiens aspirirt, nicht sehr  
harmonisch verhält. Auch von der Einführung der obliga-  
torischen Zivilehe ist wieder die Rede, und es wird sich  
nur darum handeln, ob das Ministerium den Gesetzentwurf  
einbringen oder dem Hause die Initiative überlassen wird.  
Das Herrenhaus soll nächste Woche zusammentreten und  
findet den Gesetzentwurf zur Einführung der Geschworenengerichte  
in Preßburg auf der Tagesordnung. — Man be-  
richtet, daß Professor Dr. Unger, der Jurist, in das Herren-  
haus berufen wurde.

Wien, 11. Jan. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Die Be-  
richte des Fürsten Metternich konstatiren die friedlichen  
Dispositionen aller Mächte. Man erwartet, daß die Kon-  
ferenz in der dritten Sitzung ihre Arbeiten vollendet haben  
werde. Sollte der griechische Vertreter auch eine Stimme in  
der Konferenz begehren, so wird diesem Verlangen von Seiten  
der Großmächte nicht stattgegeben werden, mit dem Hinweis  
darauf, daß das Programm der Konferenz schon hievon ab-  
sehen mußte, da Griechenland den Pariser Vertrag nicht unter-  
zeichnet hat.

#### Rumänien.

Bukarest, 10. Jan. Abgeordnetenkammer. Auf  
eine Interpellation Mehedeanos antwortete der Finanz-  
minister: Das vorige Ministerium habe eine Schuld von 21  
Mill. Fr. von 78 Mill. veranschlagte Einkünfte für 1868  
seien nur 42 Mill. eingegangen. Der Finanzminister hofft  
durch Einziehung der Rückstände das Gleichgewicht herzu-  
stellen. Um die augenblickliche Krisis zu heben, haben Kap-  
italisten eine Mill. Fr. gezeichnet.

#### Schweiz.

Schaffhausen, 8. Jan. Der am 6. Jan. zusam-  
getretene Große Rath hat mehreren Frankfurtern das  
Bürgerrecht ertheilt, dabei aber beschlossen, es sollen fünf-  
zig in nur solche Bewerber berücksichtigt werden, welche ent-  
weder schon im Kanton niedergelassen sind oder sich voran-  
sichtlich niederlassen werden. Es stimmt dies mit der Praxis  
überein, welche z. B. die Stadt Zürich von Anfang an gegen-  
über solchen Begehren eingehalten hat.

Bern, 11. Jan. (Bund.) Nachdem von Seite der S. S.  
österreichischen Regierung die Bestimmungen des Han-  
delsvertrags vom 14. Juli 1868 mit dem 1., diesseits mit  
dem 2. Januar in Kraft gesetzt worden sind und die Aus-  
wechslung der Ratifikationsurkunden am 5. d. stattgefunden  
hat, hat der Bundesrath beschlossen, den Regierungen der übrigen  
Staaten, mit welchen die Schweiz Handelsverträge abge-  
schlossen hat, oder, wie gegenüber dem Zollverein, im Gemüth  
des Konventionaltarifs steht, die Anzeige zu machen, daß der-  
selbe des Vertrags mit Österreich der schweizerischen Transit-  
zoll seit dem 1. Jan. 1869 zu bestehen aufgehört habe.

Genf, 11. Jan. Die Gemeinderathswahlen haben  
einen ruhigen Verlauf genommen. Die gemischte Liste der  
Independents blieb Sieger. Von 2700 Stimmen, 500 mehr  
als vor drei Jahren, hatten die Independents beinahe zwei  
Drittel, die Radikalen ein Drittel. Brailard, für welchen  
ein Theil der Independents und die Anhänger Horn's nicht  
stimmten, ist beinahe durchgefallen; er hat nur einige Stim-  
men mehr, als der höchste auf der radikalen Liste.

Nagaz, 10. Jan. Großartige Bergabtrübsungen  
haben bei Nagaz eine vollständige Thalperre gebildet und die  
Lamina zu einem See aufgestaut.

#### Italien.

Florenz, 8. Jan. (Frf. Z.) Die Regierung ist ent-  
schlossen, wenn der Widerstand gegen die Wahlsteuer erst  
einmal gebrochen sein wird, bedeutende Aenderungen in dem  
Erhebungsmodus vorzunehmen, der so verwickelt ist, daß  
er zu vielen Belästigungen Anlaß gibt. So viel ist indeß jetzt  
schon gewiß, daß der Ertrag der Steuer bedeutend hinter den  
Voranschlägen zurückbleiben wird. — Aus den Provinzen wird  
auch heute von mehreren Ruhestörungen berichtet. In  
Bologna wollte das Volk am Dreikönigstage die Eröffnung  
der Läden nicht gestatten, warf auf dem Markte die Körbe um  
und die Früchte auf die Straße; Bürger machten indeß selbst  
dem Unfug ein Ende. Im Parmesaniſchen ist es wieder ruhig,  
nur in Pellegrino bemächtigten sich Bauern der Waffen der  
Nationalgarde und wollten die Abschaffung der Wahlsteuer  
erzwingen, wurden aber bald wieder entwaffnet. Auch in eini-  
gen Dörfern der Lombardei fanden Erzeße statt, die aber von  
Verfaßter schnell bewältigt wurden; 12 Rädelsführer wur-  
den verhaftet und nach Mailand transportirt. — Der Finanz-  
minister wird ein Gesetz zur Errichtung einer Kreditbank  
für Provinzen und Gemeinden vorlegen. Der Präsident der  
Kammer erucht in einem Rundschreiben die Mitglieder der

Majorität, bei Wiederaufnahme der Sitzungen möglichst voll-  
zählig zu erscheinen, um die Angriffe der Opposition gegen die  
Wahlsteuer zurückzuweisen.

\* Parma, 7. Jan. Man meldet der „Frier. Ztg.“, daß  
General Cadorna 12,000 Mann unter seinem Befehl hat,  
die in den Provinzen Parma und Reggio vertheilt sind. Mo-  
bile Kolonnen durchziehen das Land und helfen an den Orten,  
wo Unordnungen vorkommen, den Lokalbehörden bei den Ver-  
haftungen. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich bereits  
auf 500.

#### Frankreich.

Paris, 10. Jan. (Köln. Ztg.) Die gestrige Kon-  
ferenzsitzung dauerte von gestern Abend 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11 Uhr.  
Gewöhnlich gut unterrichteten Quellen zufolge nahmen die  
Unterhandlungen einen sehr ruhigen Verlauf. Die nächste  
Konferenzsitzung soll am Dienstag stattfinden. — Gestern be-  
suchte der Kaiser wiederum die Königin Isabella. Er  
verweilte drei Viertelstunden bei derselben. Des Abends  
wohnten der Kaiser und die Kaiserin einer Vorstellung im  
Theater der Porte St. Martin an. Am letzten 1. Jan. er-  
eignete sich in den Tuileries ein sehr komischer Vorfall. Der  
Sohn des Vizekönigs von Egypten, der hier erzogen  
wird, hatte sich nämlich um 5 Uhr Abends in die Tuileries  
begeben, um dem Kaiserl. Prinzen den Besuch zu erwieder-  
n, den ihm dieser am nämlichen Tage abgestattet. Man lud den  
jungen Prinzen zum Diner ein, was dieser auch annahm, da  
man ihm sagte, daß dasselbe im vertraulichen Kreise stattfin-  
den werde. Als er nun aber plötzlich mehrere Damen in  
reicher Toilette eintreten sah, ergriff ihn ein panischer  
Schrecken. Er stürzte zum Saale hinaus und lief  
spornstreichs nach seiner Wohnung zurück. Sein Sou-  
verneur, der ihm nachjagte, holte ihn erst an seiner Woh-  
nung ein, ohne ihn jedoch bestimmen zu können, wie-  
der nach den Tuileries zurückzukehren. — Es ist nicht  
begründet, daß der Vizekönig von Egypten in Folge des  
griechisch-türkischen Konflikts wieder gepanzerte Schiffe in  
Frankreich bestellt habe. Es werden allerdings solche Schiffe  
für seine Rechnung in Frankreich gebaut, aber er bestellte  
dieselben schon vor einem Jahre. Für seine Landarmee hat  
er ebenfalls schon vor einem Jahr Zündnadelgewehre und  
gezogene Kanonen bestellt. — Die Nachrichten aus Italien  
lauten fortwährend höchst beunruhigend. Es gährt auf vie-  
len Punkten, und befürchtet man hier, daß binnen kurzem  
ein allgemeiner Aufruhr ausbrechen werde. — In Barce-  
lona haben neue Verhaftungen in Folge der Entdeckung der  
Carlistischen Verschwörung stattgefunden. Graf v. Juncos  
und Graf Lemite, die auch festgenommen werden sollten,  
hatten sich vorher nach Frankreich geflüchtet.

† Paris, 11. Jan. Die „Agence Havas“ meldet: Ver-  
sicherungen aus gut unterrichteten Privatkreisen zufolge hat  
der griechische Gesandte Rangabe nicht gegen die Stellung  
Griechenlands zur Konferenz protestirt, sondern nur gleiche  
Bedingungen für Griechenland wie für die Türkei verlangt.

\* Paris, 11. Jan. In Uebereinstimmung mit Dem, was  
bereits gestern mitgeteilt wurde, glaubt der „Constitutionnel“  
zu wissen, daß die Bevollmächtigten bei der am Samstag zum  
ersten Mal zusammengetretenen Konferenz es sich zunächst  
haben angelegen sein lassen, jeder im Namen seiner Regie-  
rung, und der Vorsitzende, Hr. v. La Valette, im Namen der  
Konferenz nach Konstantinopel und Athen Telegramme abzu-  
senden, welche die Pforte und Griechenland auffordern, wäh-  
rend der ganzen Dauer der Beratungen den Statusquo zu  
beobachten.

Wir wiederholen — sagt der „Constitutionnel“ — was wir bereits über  
das Resultat gesagt haben, welches man von der in Paris eröffneten  
diplomatischen Versammlung erwartet. Alles weist darauf hin, daß  
die Repräsentanten der Mächte schleunig zu einer befriedigenden Lösung  
der Schwierigkeiten gelangen werden, die sie zu prüfen berufen sind.

Der „France“ zufolge ist es sicher, daß der griechische Ge-  
sandte, Hr. Rangabe, sich mit der Absicht zu der ersten  
Sitzung der Konferenz begeben hat, im Namen seiner Regie-  
rung darauf anzutragen, auf demselben Fuße behandelt zu  
werden, wie der türkische Gesandte, d. h. ebenfalls eine beschlie-  
sende Stimme zu haben. Die Großmächte sollen aber einstim-  
mig gerathen haben, auf diesem Punkt nicht zu sehr zu be-  
stehen. Man meint, der Vertreter Griechenlands werde bis  
zur nächsten Sitzung am Dienstag Instruktionen über diesen  
Punkt erhalten haben.

Seit gestern soll im Zustand des Hn. v. Moustier eine  
wesentliche Besserung eingetreten sein, so daß wieder Hoffnung  
für seine Genesung vorhanden ist.

Wie die „France“ meldet, hat man heute angefangen, im  
Gesetzgeb. Körper die Druckerei einzurichten, wodurch es mög-  
lich werden soll, daß die Sitzungsberichte gleich an Ort und  
Stelle gesetzt und gedruckt werden. — Heute Nachmittag um  
1 Uhr ist in ganz Frankreich die außerordentliche Session der  
Generalräthe eröffnet worden. — Rente 70.30, Cred.  
mob. 282.50, ital. Anl. 54.50.

\* Paris, 11. Jan. Wir geben im Nachfolgenden einen  
ausführlichen Auszug aus dem (heute vom „Journ. officiel“  
mitgetheilten) Bericht des Finanzministers an den  
Kaiser über das Budget für 1870.

Der Minister spricht zunächst von der in Ausführung des Gesetzes  
vom 1. Aug. 1868 erfolgten Regozirung einer Anleihe von 429 Mil-  
lionen Franken und der angeforderten Reduzirung der schwebenden  
Schuld. Dieses Gesetz vermochte zwar nicht unsere Finanzschwierig-  
keiten augenblicklich in einen blühenden Finanzzustand umzuwandeln;  
allein es gestattete uns, die Vergangenheit zu liquidiren, befreit die  
Budgets von ihrer Fesseln und eröffnet vor uns die Bahn successiver  
Verbesserungen.

Die Anleihe. Im Anfang des Jahres 1868 fanden wir vor  
drei Nothwendigkeiten erster Ordnung, denen dringlich abgeholfen  
werden mußte: Die politischen Ereignisse von 1867 hatten die Last  
der schwebenden Schuld auf's äußerste erhöht und diese erhöhte eine  
rasche Abminderung. Andererseits konnten wir in Betreff der Land-  
und Seearüstung nicht hinter dem Fortschritt der modernen Wissen-  
schaft und hinter den anderen Ländern zurückbleiben. Endlich bean-

spruchten der Handel und die Industrie, mit berechtigter Ungebuld,  
eine unerlässlich gewordene Beschleunigung der Arbeiten von öffent-  
licher Nützlichkeit. Es ist jedenfalls eine äußerste Maßregel, zum  
Kredit seine Zuflucht zu nehmen; allein die Erfahrung beweist, daß  
es im Allgemeinen keinen Vortheil bringt, die Heilmittel zu lange  
aufzuschieben, die als notwendig erkannt sind und die entscheidend  
werden können. Daher der der Regierung und der Kammer gemein-  
same Gedanke, eine Anleihe von 429 Millionen zu emittiren und  
deren Produkt in Gemäßheit der Ursachen, die sie hervorgerufen,  
folgendermaßen zu vertheilen: Defizite von 1867 183,606,000 Fr.,  
Kriegsausgaben 131,922,000 Fr., Marineausgaben 30,052,646 Fr.,  
Dessentliche Arbeiten 83,419,646 Fr.; hierüber ein Supplement von  
21,500,000 Fr. zur Deckung der Kosten der Regozirung und zur  
Zahlung der Zinsrückstände für 1 Jahr. Am 1. Januar hatte der  
Schatz 196 Mill. der Anleihe einliefert; der Rest ist dem promulgi-  
rten Gesetz gemäß in 14 Raten zahlbar.

Schwebende Schuld. Die successiven Defizite aller Regime,  
die einander in Frankreich gefolgt sind, waren, bis zum Jahr 1866  
einschließlich, durch verschiedene Konsolidirungen auf 727 Mill. redu-  
zirt worden. Das Jahr 1867 fügte dieser Summe, in Folge der  
außerordentlichen Umstände, von denen ich gesprochen, ein neues De-  
couvert von 175 Mill. hinzu, wodurch die schwebende Schuld auf  
902 Mill. gebracht ward. Das Gesetz vom 1. Aug. 1868 hat nun eine  
sehr weise Bestimmung getroffen, indem es feststellte, daß der Schatz  
von dem Produkt der Anleihen für die von ihm dem Budget von  
1867 gemachten Vorschläge entschuldigend und so in die Lage gesetzt  
werden soll, seine eigene Schuld zu tilgen. Auf diese Weise fügt die  
Schuld sich nicht zur andern, sondern die eine tritt proportionell an  
die Stelle der andern, d. h. die schwebende Schuld wird, in Bezug  
auf das Defizit von 1867, um die ganze Summe vermindert, um  
welche die konsolidirte Schuld zunimmt. Erw. Maj. habe ich nunmehr  
die Ehre, die Resultate dieser Kombination vorzulegen:

Die Herabsetzung des Zinsfußes ist für den Schatz das wirksamste  
Mittel, seine Schuld zu vermindern, indem dadurch seine Gläubiger  
veranlaßt werden, ihre Schuldscheine einzulösen. Diese Maßregel, mit  
Energie durchgeführt, hat rasch zu dem Ziel geführt, das ich erreichen  
wollte. Seit dem letzten 31. Juli, dem Zeitpunkt, wo die schwebende  
Schuld auf ihrem äußersten Höhepunkt angekommen war, habe ich er-  
langt: auf das Gonto-Corrent (Guthaben) der Depositen- und Kon-  
signationskasse eine Verminderung von 67 Mill. (von 132 auf 65  
Mill.); auf das Guthaben des Credit foncier eine Reduktion von 46  
Mill. (von 96 auf 50 Mill.); seit dem 1. Dez. auf die Schatzbons  
eine dergleichen von 12 Mill. (von 109 auf 97 Mill.). Außerdem ist  
das Guthaben der General-Steueremittenten um 72 Mill. (von 204  
auf 132 Mill.) verringert worden. Endlich habe ich der Bank 18 Mill.  
restituiren können, welche ihr der Schatz noch auf ihre letzten Vorkäufe  
schuldete.

Zieht man die Bilanz zwischen diesen Reduktionen und einigen  
Ausgabebeschleunigungen, welche sich auf die Gemeinden und auf die Spar-  
kassen beziehen, so war am vorigen 1. Jan. die schwebende Schuld um  
139 Mill. erleichtert, die mit dem Produkt der Anleihe zurückgezahlt  
worden waren. Es bleiben also noch 46 Mill. derselben zu gleichem  
Zweck zu verwenden übrig, und die vom Schatz dem Budget von 1867  
vorgestreckten 175 Mill. werden vollständig getilgt sein. Die Gesamt-  
heit der Budgetdefizite ist so auf den Stand vor 1867, d. h. auf 727  
Mill., und sogar auf 627 zurückgeführt, wenn dem von der Kam-  
mer ausgeprochenen Wunsch gemäß eine weitere Verminderung von  
100 Mill. dadurch erzielt wird, daß der Amortisation bei ihrer Li-  
quidation diese Summe entnommen werden soll.

So wird denn, mit Hinzufügung eines Suppléments von ungefähr  
60 Mill. für die Incautos, die Last der schwebenden Schuld 700 Mill.,  
d. h. ihre Durchschnittsziffer seit 28 Jahren, und ihre niedrigste Ziffer  
seit 17 Jahren, nicht übersteigen. Wir kehren damit zu einer Lage  
zurück, die, ohne aufzuheben, Erw. Maj. Aufmerksamkeit zu verdienen,  
keine ernste Besorgnisse mehr einflößen kann. Ich ersuche Erw. Maj.,  
diese Einzelheiten entschuldigend zu wollen, aber es handelt sich hier  
um einen der delikatessten Punkte unserer Finanzen, der das Publi-  
kum um so mehr beschäftigt, je weniger vollständig er von ihm ge-  
kannt ist. Wir müssen nun jezt, nachdem wir nach Seiten der schwe-  
benden Schuld beruhigt sind, unsere ganze Sorge dem Budget zu-  
wenden.

Nachdem der Minister einen Rückblick auf die Budgets von 1867,  
1868 und 1869 geworfen, gelangt er zum ordentlichen Bud-  
get von 1870. „Nur seine Einnahmen ausgeben, weniger sogar als  
seine Einnahmen — den Nothfall allein ausgenommen“ — diese Maxime  
von Euler, so einfach, aber so schwer in der Anwendung, wird ewig  
wahr und weise bleiben. Die meisten unserer gewöhnlichen Budgets  
haben sich in diesen Bedingungen befunden. Die von 1868 und 1869  
machen davon eine Ausnahme, und in Bezug auf das von 1870 haben  
Erw. Maj. demselben eine neue Garantie geben wollen, indem Sie im  
Prinzip entschieden, daß alle vorgeschlagenen Erhöhungen zurückgewie-  
sen werden sollen, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche nach  
einer Gesetzbestimmung obligatorisch sind. Die neuen Kredite, die wir  
ins Budget von 1870 einzutragen haben, tragen diesen Charakter und  
belaufen sich auf die Gesamtsumme von 30,502,186 Fr. Da das  
Einnahmehudget, im Vergleich mit den vorausgeschickten Einnahmen  
von 1869, eine Vermehrung von 35,719,056 Fr. ergibt, die Zunahme  
der Ausgaben hingegen nur 30,498,132 Fr. beträgt, so erhellt hieraus,  
daß sich der Fortschritt der Einnahmen von einem Jahr zum andern  
auf 5,221,024 Fr. beläuft. Als Gesamtergebnis würde sich das Bud-  
get für 1870 folgendermaßen bezeichnen: Einnahmen 1,736,667,993 Fr.,  
Ausgaben 1,650,900,248 Fr., Ueberschuß der Einnahmen 86,667,145 Fr.,  
eine Summe, welche um 5,221,024 Fr. den Ueberschuß des vorher-  
gehenden Budgets übertrifft. Es ist kein Zweifel, daß diese Schätzun-  
gen unvorhergesehenen Modifikationen unterworfen bleiben; dagegen  
aber reserviren wir den Mehrertrag der Ausgaben der beiden Jahre  
1868 und 1869. Diese Lage ist so beruhigend als nur möglich.

Außerordentliches Budget von 1870. Die Summe  
von 86,667,145 Fr. die, wie wir gesehen haben, den Ueberschuß der  
Einnahmen im ordentlichen Budget bildet, reicht hin, um alle Kredite  
des außerordentlichen Budgets zu decken. Diese Kredite sind zuge-  
wiesen: dem Ministerium des Kultus, für Bauten an Kir-  
chen und Presbyterien: 5,300,000; dem Ministerium des Innern,  
für Binalwege, Telegraphen und Gefängnisse: 13,633,000; dem  
Finanzministerium für die Manufaktur des Tabaks: 1,325,000;  
dem Kriegsministerium, für die Artillerie und das Genie-  
korps: 2,975,000; dem Marineministerium, für die Trans-  
formirung der Flotte: 10,500,000; dem Ministerium des öffentlichen  
Unterrichts, für Schulen u.: 1,546,195; dem Ministerium der  
schönen Künste, für verschiedene Anstalten und Institute: 4,900,000



an Algerien, für die Interessen und die Amortisation der von der algierischen Gesellschaft gemachten Vorkäufe, sowie für Eisenbahnen und andere große Arbeiten: 8,249,000; endlich dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, für die Eisenbahnen, den Straßen- und Brückenbau: 38,591,000 Fr.

Alle diese Ausgaben — ich wiederhole es — sind gedeckt durch den Ueberschuß der Einnahmen im ordentlichen Budget, so also, daß sie auf demselben figuriren könnten, ohne sein Gleichgewicht zu stören. Die Dotierung der öffentlichen Arbeiten ist übrigens nicht auf jene 38,591,000 Fr. beschränkt; sie begreift außerdem: die 8,500,000, welche vom Budget 1867 disponibel geworden sind; die 6,860,000 Fr., disponibel geworden vom Budget 1868, zusammen: 54 Millionen; ferner eine Summe von 6,000,600 Fr., im Jahr 1870 zu verwenden für gewisse Häfen, eine Summe, die von den Vorkäufen der Städte zu entnehmen und vom Staat rückzahlbar ist; endlich noch 23,852,150 Fr., eingetragen in das ordentliche Budget für die früheren und neuen Jahrzahlungen zu Gunsten der Eisenbahnen. Mit den alleinigen Mitteln also, die uns zu Gebote stehen, haben wir die Administration der öffentlichen Arbeiten in den Stand setzen können, im Jahr 1870 ihr nationales Werk mit Eile zu verfolgen.

Dies ist die Lage. Wir wollen und dürfen die Vorteile derselben nicht übersehen; allein wenn sie noch nicht bis zu dem Grade des Erfolges gelangt ist, den wir anstreben und den wir wünschen, so ist es dagegen nur gerecht, anzuerkennen, daß sie auf dem Wege des Fortschritts zum Besseren ist.

Amortisationsbudget. Dasselbe ist ebenfalls im Fortschreiten begriffen. Es wird im Jahr 1870 über einen freien Ueberschuß von 32,396,493 Fr. zu verfügen haben, was mit den 10 Mill., die der Pensionstafel fürs Alter entfallen, 42,396,493 Fr. ausmacht, die in Rentenankäufen zu placiren sind.

### Spanien.

Madrid. Die Cortes wählen sind auf den 15. Jan. festgesetzt, obwohl man schon wieder von neuen Verzögerungen spricht, die notwendig auf die Stimmung einen unheilbaren Einfluß ausüben müßten. Die Regierung kann sich so wenig wie jeder Andere darüber täuschen, daß ein längerer Aufschub der Einberufung der konstituierenden Cortes eine gewaltthätige Entscheidung unvermeidlich machen müßte. Wir lassen (nach dem „Schw. M.“) einige statistische Mittheilungen über die Bevölkerungsverhältnisse Spaniens folgen, welche bei der hoffentlich bevorstehenden Wahl in Betracht kommen. Nach der letzten Zählung vom Jahr 1860 bestand die spanische Bevölkerung aus 3,443,943 Familien oder 15,658,531 Seelen, die Balearen und Kanarischen Inseln inbegriffen, darunter 7,500,000 Einwohner männlichen Geschlechts. Die Zahl der Wähler in den 49 Provinzen beträgt nach dem Dekret, welches die Wahlberechtigung mit einem Alter von 25 Jahren eintreten läßt, 3,519,432, also 23 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie würde sich auf 4,267,033 Köpfe, d. h. 27 Prozent belaufen haben, wenn man die jungen Leute im Alter von 20 bis 25 Jahren zur Wahl heranzöge. Das erwähnte Dekret setzt fest, daß auf 45,000 Seelen je ein Abgeordneter kommen soll; einer mehr für die Provinzen, deren Gesamtbevölkerung einen Ueberschuß von mehr als 22,500 Köpfen aufweist. Danach würden für die Halbinsel, die Balearen und die Kanarischen Inseln 352 Abgeordnete in die Cortes zu wählen sein. Jeder Abgeordnete vertritt eine zwischen 9000 und 12,000 schwankende Zahl von Wählern, nur in Barcelona kommen auf einen Deputirten nur 7340, in Huelva 6160 Wähler. Endlich wird von der Gesamtzahl der letzteren noch ein Abzug von etwa 220,000 wegen gesetzlicher Unfähigkeit zu machen sein, so daß die Gesamtzahl der Wähler sich auf beinahe 3,400,000 beläuft. Diese Ziffer ist insofern nicht genau, als man auch die natürliche Zunahme der Bevölkerung während der letzten 8 Jahre in Anschlag zu bringen hat.

Madrid, 8. Jan. Der „Imparcial“ schreibt: Jetzt, da das Königreich Andalusien pazifizirt ist, hat General Caballero de Rodas der Regierung den Vorschlag gemacht, die Aufhebung der Operationsarmee vorzunehmen, die sich unter seinem Befehl befindet, damit er selbst wieder seinen Posten des Direktors der Artillerie übernehmen könne.

Madrid, 11. Jan. Die „Madrid. Ztg.“ veröffentlicht ein Dekret des Marshalls Serrano, welches die Zusammenlegung der Sektionen des Staatsrathes während des Jahres 1869 regelt.

### Dänemark.

Kopenhagen, 11. Jan. Der oberste Gerichtshof hat die Regierung zur Wiederherausgabe von 20,000 Pfund Sterl. nebst Zinsen an Hrn. Chapman in London verurtheilt. Derselbe hatte diese Summe im Jahr 1866 als Sicherheit für die Anlage einer Eisenbahn von Kopenhagen nach Hamburg deponirt, welche von ihm nicht in Ausführung gebracht worden ist.

### Griechenland.

Athen, 3. Jan. (Nürnb. Corr.) Die Expedition des Petropulakis nach Kreta ist durchaus mißglückt. Die beiden Petropulakis, Vater und Sohn, landeten, der eine an der südlichen, der andere an der nördlichen Küste Kreta's. Der Sohn konnte bald zu den Aufständischen stoßen, der Vater aber konnte sich erst nach einem achtstägigen Marsche mitten durch das türkische Heer und mit großem Verlust mit denselben verbinden, worauf die ganze Macht der Aufständischen, bei 2500 Streiter, das in Amari verschlangte türkische Heer am 20. Dez. angriff, die Türken zurückwarf und viele Schafe und Waffen erbeutete. In diesem Gefecht fiel eine Abtheilung von 100 Krettern in einen Hinterhalt und wurde nach tapferer Gegenwehr bis auf 30 zusammengehauen, welche im Triumph von den Türken nach Kanea abgeführt wurden. Nach diesem Sieg sahen sich die Aufständischen genöthigt, zurückzuweichen, denn drei starke Heereshaufen griffen sie von drei Seiten an. Sie zogen sich in guter Ordnung unter beständigem Kampfe mit der türkischen Uebermacht nach der Provinz Epaphia zurück, wo sie nach sechstägigem Marsch, von Hunger, Kälte und Kämpfen erschöpft, in der größten Verwirrung ankamen. In dieser Lage traf sie ein Abgesandter des französischen Konsuls, der ihnen vorstellte, daß sie keine Unterstützung

mehr zu hoffen hätten, und ihnen die Hand bot, um nach Griechenland zurückzukehren. Daraufhin knüpften sie Unterhandlungen mit den Türken an, deren Ergebnis war, daß gestern der alte Petropulakis mit 600 Mann und 200 Krettern auf einem türkischen Linienenschiff in Syra anlangte. Die Uebrigen unter dem jungen Petropulakis und anderen Anführern, die das Anerbieten, sich den Türken zu ergeben, zurückwiesen, schlugen sich durch und verbanden sich mit den Krettern. (Bekanntlich wird aus Konstantinopel gemeldet, daß er sich ebenfalls ergeben habe.) Der Verlust der Christen in diesen Kämpfen wird auf 500 Tode geschätzt; der Verlust der Türken ist zwar an sich größer, aber in Erwägung der Verhältnisse unbedeutend. — Die griechische Regierung hat von der hiesigen Bank eine Anleihe von 40 Millionen verlangt, aber eine abschlägige Antwort erhalten. Jetzt wendet sie sich an die joniische Bank; mittlerweile wurden in allen Provinzen Komitees gebildet, um die freiwilligen Beiträge des griechischen Volks zu sammeln. — Die türkische Flotte liegt noch immer vor Syra, um das Auslaufen der zwei Blotadebrecher zu verhindern. — Durch ein königl. Reskript werden 30 Bataillone leichte Infanterie, von 647 Mann jedes, gebildet, außerdem noch 8 Bataillone Infanterie und eine königl. Leibgarde von 2000 Mann. — Der Finanzminister Hr. Balasopulos wurde durch Hrn. Balavritis, einen Jonier und Vertrauten des Königs, ersetzt.

### Türkei.

Konstantinopel, 3. Jan. (Nürnb. Ztg.) Wenn schon die Besorgnisse vor dem Ausbruch eines Krieges zwischen der Pforte und Griechenland im kaufmännischen und gewerblichen Verkehr eine sehr nachtheilige Einwirkung ausüben, so ist dies noch in weit größerem Maße der Fall durch die, wenn auch bisher nur theilweise eingetretene Ausweisung der Griechen, welche nicht türkische Unterthanen werden wollen. Es leben hier allein an 6000 Schneider und eben so viel Schuhmacher griechischer Nationalität, welche zum größten Theil dem orthodoxen Glauben zugethan sind. Die Verwirrung und Sorge in diesen Klassen kann man sich vorstellen. Für das Verbleiben der Hellenen katholischer Konfession hat der hiesige lateinische Bischof seine Verwerfung und nicht ohne Erfolg eintreten lassen. Die Pforte hat zwar keine Ausnahme mit ihnen gemacht und auch keine bestimmte Zusage ertheilt, aber doch erklärt, daß sie auf die Befürwortung des Bischofs bei eintretenden Fällen Gewicht legen wolle. Die hier lebenden Hellenen katholischer Konfession sind größtentheils als Gesinde in Diensten. Der katholische Bischof versichert, daß sie sich nicht auf Politik einlassen, bei welcher auch nur die Hellenen orthodoxer Konfession sich betheiligen. Den Handelsverhältnissen des Norddeutschen Bundes würde besonders die Ausweisung der griechischen Kaufleute aus Smyrna sehr nachtheilig werden. Es leben mehr als 20,000 Hellenen in Smyrna, die sich mit Handel und Gewerbe beschäftigen. Die Einfuhr aus den europäischen Häfen erreicht in Smyrna einen Werth von 200 Millionen Piasier. Von dieser Summe ist ein Betrag von 100 Millionen immer als schwebende Schuld zu betrachten, da nach dem herkömmlichen Gebrauch der Zahlungstermin erst 6 Monate nach Empfang fällt. Die Kaufleute der abendländischen Handelsorte haben mit anderen Worten nach 6 Monaten erst die Aussicht der Bezahlung der gelieferten Waaren. Von dieser Summe des Werths der Einfuhr in Smyrna fällt etwa der sechste Theil auf Norddeutschland, so daß im Fall der Ausweisung der dortigen Handels- und Gewerbetreibenden die Zahlung einer Summe von 16 bis 17 Millionen Piasier in Frage gestellt würde. Die Zollvereins-Länder, welche seit drei Jahren in Folge von Handelsstörungen und Handelsunfällen im Verkehr mit Smyrna viele Nachteile zu erleiden hatten, sind jetzt noch ganz besonders mit Verlusten bedroht.

### Großbritannien.

London, 11. Jan. Die „Morn.-Post“ schreibt, der Vertreter Englands bei der Konferenz habe durch die unzuverlässige Erläuterung der Lage des Streitens den russischen Vorschlag, eine internationale Kommission behufs der Untersuchung der Beschwerden der Griechen über die Verwaltung Kreta's einzusetzen, beseitigt.

### Amerika.

Neu-York, 10. Jan. Nach Berichten aus Mexiko vom 8. richtete ein Erdbeben in Colima und Manzanillo beträchtlichen Schaden an Eigentum an; Menschenleben sind nur wenige zu beklagen. — Aus Cuba wird gemeldet, daß die Anführer des Aufstandes die Emanzipation der Sklaven proklamirt haben.

### Vermischte Nachrichten.

München, 10. Jan. (Nürnb. Corr.) Der erst im vorigen Sommer begonnene Bau der Eisenbahn-Strecke von Miesbach bis Schliersee ist bereits bis Hausheim vollendet und vorgestern, jedoch vorerst nur für den Steinkohlen-Transport, der Verkehr eröffnet worden. Bis zum Beginn des Sommers aber wird die ganze Bahnstrecke vollendet sein.

Auch in München ist das Schaufert'sche Preislustspiel „Schach dem König“ mit entchiedenem Erfolg aufgeführt worden.

Frankfurt, 11. Jan. Am Samstag Abend fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Interessenten und Aktionären der Gesellschaft zur Errichtung eines Wintergartens statt, in welcher die provisorischen Statuten definitiv angenommen wurden. Wir entnehmen denselben folgende Bestimmungen: Die Gesellschaft, welche den Namen „Palmgarten-Gesellschaft“ annimmt, tritt auf die Dauer von 99 Jahren zusammen; nach dieser Zeit wird der Garten Eigentum der Stadt. Das Kapital beträgt 300,000 fl. in 1200 Aktien. Wenn 200,000 Aktien gezeichnet sind, erklärt sich die Gesellschaft für konstituirte (diese Summe ist bereits überzeichnet). Am 29. d. M. wird wieder eine Versammlung abgehalten, in welcher die Platzfrage entschieden werden wird, wozu wir bemerken wollen, daß neuerdings die Chancen der Pfingstweide sehr gestiegen sind, namentlich wenn mit dem Palmten der zoologische Garten verbunden werden

würde. — Auf eine 400 Unterschriften zählende Petition von Mitgliedern des landwirthsch. Vereins um Aufhebung der Schlicht- und Mahlsteuer hat der Magistrat ablehnend geantwortet, sich aber bereit erklärt, bei der Steuerbehörde einen Antrag auf freiere Bewegung innerhalb des Mahl- und Schlichtsteuer-Bereichs zu stellen. Der Magistrat führt seine ablehnende Antwort auf Zweckmäßigkeitsgründe zurück, indem er sagt, daß eine Klassensteuer viel drückender auf die ärmere Bevölkerung wirken würde. — Heute Morgen hat sich in unserer nächsten Nähe (bei Einheim) auf der Main-Weser-Bahn durch Zusammenstoß ein Eisenbahn-Unfall ereignet, in Folge dessen drei Güterwagen zertrümmert wurden.

Knaak hat nun auch in Schlesien ein öffentliches Organ gefunden, welches ihn vertheidigt. Das „Kirchl. Wochenblatt für Schlesien“, welches in Liegnitz herausgegeben wird, sagt: „Jeder Verständige weiß, daß der Satz: die Erde bewegt sich um die Sonne“, eben nur eine Vermuthung und Annahme der Sternkundigen ist, welche viel für sich hat, aber noch keineswegs von allen Zweifeln frei ist. Das Gegentheil ist auch noch möglich und kann leicht durch die Fortschritte der Wissenschaft als die begründetere Wahrheit dargethan werden.“

Wien, 7. Jan. Hiesige Blätter melden von einer Soldatenrauferei im großartigen Maßstab, die gestern Abends in der Josephstädter Kavalleriekaserne zwischen Husaren und Ulanen abgepflegt wurde. Der Konflikt entstand über der Konkurrenz der beiderseitigen Nationalkänge, des Garbas und der Mazurka (die Husaren sind magyarischer, die Ulanen polnischer Nation). Es gab ein wüthendes Scharmügel, in dem mit Lanzen, Säbeln und Pistolen gearbeitet wurde. Bergheims stürzte sich der Ulanenobrist v. Rainone mit blankem Säbel in das Handgemenge. Auf der Kasernenwaage gelang es, die erbitterten Kämpfer auseinander zu bringen. Ein Dutzend Verwundungen (darunter ein paar tödtliche), fast ausschließlich auf ungarischer Seite, war der Erfolg dieses Tages.

Wien, 10. Jan. Vom russischen Botschafter in Paris wird ein vielleicht bedeutsames Wort erzählt. Die Konferenz war bereits entschieden. „Sie sehen — bemerkte ihm eines Tages Hr. v. Barvalette — wir sind schlimmsten Falls entschlossen, zugleich mit Ihnen in Konstantinopel einzutreffen.“ „Es gibt wenig Leute — entgegnete Graf Stackelberg sehr verbindlich — die nicht mit Vergnügen in guter Gesellschaft reisen.“

Peß, 8. Jan. Ueber ein Duell zwischen Pulszky und Sokay bringt die „Peßher Correspond.“ folgende Mittheilung: Ueber das gestern stattgehabte Duell vernehmen wir, daß dasselbe auf Pistolen und 15 Schritt Distanz normirt war. Die beiderseitigen Sekundanten, denen in erster Reihe darum zu thun war, daß nicht etwa einer dieser beiden hochachtbaren Männer auf dem Platz bleibe, hatten vorsorglich so miserable Pistolen gewählt, daß dieselben vorerst drei Mal verfehlten. Es wurden nun allerdings andere Pistolen hervorgeholt, die jedoch wenig besser waren als die alten; sie gingen zwar los — aber glücklicher Weise trafen sie beide nicht. Die Kugeln pfliffen zwar nahe genug an beiden Segnern vorbei, die Pulszky's streifte Sokay zwischen Arm und Brust — aber damit hatte der Ehrenhandel auch sein Ende.“

### Badische Chronik.

Heidelberg, 10. Jan. (Schw. M.) Die ordentliche Lehrstelle der Mathematik, welche seit dem Anfang des laufenden Semesters durch Prof. Heße's Abgang nach München erledigt war, ist jetzt durch die Berufung des Prof. Königberger in Greifswald wieder besetzt; derselbe wird mit dem Beginn des Sommerhalbjahrs sein Amt antreten.

Heidelberg, 12. Jan. Gestern Abend bewegte sich ein glänzender Fackelzug durch unsere Straßen. Er wurde von den Korpsstudenten dem Hrn. Geh. Rath Helmholz dargebracht als Anerkennung dafür, daß er sich entschlossen hat, seine so erprießliche Wirksamkeit der hiesigen Universität auch ferner zu widmen. Er hatte nämlich von der preussischen Regierung einen Ruf nach Bonn erhalten, um dort den durch den Tod des Prof. Müller erledigten Lehrstuhl der physikalischen Wissenschaften zu übernehmen. Heidelberg hat nun, Dank der Großh. Regierung, den Weggang dieses berühmten Gelehrten nicht mehr zu fürchten.

Heidelberg, 12. Jan. Der Bau des akademischen Hospitals ist bekanntlich im Prinzip dahin festgesetzt, daß statt eines großen Gebäudes zur Vermeidung von Aufstodung eine größere Zahl kleiner Häuser gebaut werden. Allein leider zeigt sich nunmehr, daß das angekaufte Grundstück hierzu nicht den genügenden Raum bietet und eine Vergrößerung kaum zu umgehen sein wird. Obwohl dadurch ein neuer Aufstall entsteht, so soll die neue Anstalt jedenfalls im Jahr 1871 fertig sein.

Hamburg, 9. Jan. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Westfalia“, Kapitän Trautmann, am 29. Dez. 1868 von Neu-York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 9 Tagen 12 Stunden am 8. d. 2 Uhr 40 Min. Nachm., in Cowes angekommen und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 5 1/2 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt 41 Passagiere, 70 Briefsäcke, 1200 Tons Ladung und 65,815 Doll. Contanten.

Frankfurt, 12. Jan. — Uhr — Min. Nachm. Deherr. Kreditaktien 249, Staatsbahn-Aktien 305, National 53 1/2, Steuerrente 52 1/2, 1860r Loose 78, Deherr. Valuta 98 1/2, 4 Proz. bad. Loose —, Amerikaner 79 1/2, Gold —.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

11. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 12''	— 0.4	R.O.	klar	wind., kalt, Reif
Mittags 2 „	28° 10''	+ 0.5	klar bew.	klar	windig, kalt
Nachts 9 „	28° 09''	— 1.6	klar	klar	windstill, frisch

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Theater in Baden.

Mittwoch 13. Jan. Die Vermählten, Lustspiel in 4 Akten, von Adolf Wilbrandt.



